

Die Gemeindefinanzen in Bayern 2002

– Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik –

Die Stagnation der deutschen Wirtschaft hinterlässt auch bei den kommunalen Körperschaften in Bayern ihre Spuren. Die bayerischen Kommunen wiesen im Jahr 2002 einen negativen Finanzierungssaldo von 1311 Millionen Euro auf. Ihre Steuereinnahmen sanken um 4,4%. Die Personalausgaben als wichtigster Einzelposten auf der Ausgaben-seite stiegen um 2,2% an. Die Investitionssumme lag um 3,6% unter dem Vorjahresniveau. Die Landkreise und kreisfreien Städte steigerten ihre Bauausgaben jedoch um 8,0% bzw. 6,4%.

Die Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen für die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) liefert als aktuellste Finanzstatistik Daten, die u. a. eine zeitnahe Beurteilung der konjunkturellen Auswirkungen kommunaler Finanzwirtschaft ermöglichen. Sie dienen daneben aber auch als Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen als wesentlichem Bestimmungselement für die Berechnung der staatlichen Schlüsselzuweisungen. Gemäß Art. 4 der EG-Verordnung Nr. 3605/93 dienen Ergebnisse der Vierteljahresstatistik darüber hinaus dazu, die Einhaltung der Konvergenzkriterien laufend zu überwachen. Hierdurch wird die vierteljährliche Kassenstatistik zur wichtigsten Finanzstatistik.

Konjunkturschwäche bremst das Wirtschaftswachstum

Die deutsche Wirtschaft befand sich Ende 2002 seit über zwei Jahren in einer Phase der Stagnation. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zum Jahresende 2002 nur um 0,2% über der Wertschöpfung des vergleichbaren Vorjahres-

zeitraumes. Der Zuwachs der in Bayern erzielten Wertschöpfung lag mit 0,5% erneut über dem Bundesergebnis. Das nachlassende Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften geführt; die Arbeitslosenquote für alle Erwerbspersonen betrug in Bayern im Jahr 2002 6,0% gegenüber 5,3% ein Jahr zuvor. Die Verbraucherpreise waren in Bayern im Jahr 2002 um 1,6% angestiegen, im Vorjahr hatte der Preisauftrieb noch 2,4% betragen.

In den Jahren 2001 und 2002 Finanzierungsdefizite

Die angespannte Finanzlage der bayerischen Kommunen und der damit verbundene Sparzwang hatten dazu geführt, dass von 1996 bis 1998 die Vorjahresausgaben von der Gesamtheit der Gemeinden/Gv jeweils unterschritten wurden. Dies und reichliche Gewerbesteuer-mehreinnahmen hatten bewirkt, dass die Gesamtheit der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) 1998 zum ersten Mal nach neun Jahren wieder einen Überschuss erwirtschaften konnten. Von 1999 bis 2001

Tabelle 1. Kassenmäßige Einnahmen¹⁾ der Gemeinden in Bayern 2001 und 2002

Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ²⁾			davon											
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden			Landkreise			Bezirke		
	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%			
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	9044	8649	-4,4	3681	3521	-4,3	5363	5127	-4,4	1	1	0,0	-	-	-
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	5190	4929	-5,0	2009	1677	-16,5	2205	2282	3,5	586	584	-0,3	390	387	-0,8
Allgemeine und laufende Zuweisungen, Zinseinnahmen	10579 ³⁾	11100 ³⁾	4,9	1849	2118	14,5	2035	2081	2,3	4285	4487	4,7	2411	2413	0,1
Einnahmen der laufenden Rechnung zusammen ...	19461	19014	-2,3	7539	7316	-3,0	9603	9490	-1,2	4873	5072	4,1	2800	2800	0,0
Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	1300	1028	-20,9	579	471	-18,7	682	522	-23,5	30	24	-20,0	8	11	37,5
Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2158	2177	0,9	407	274	-32,7	1488	1384	-7,0	236	255	8,1	27	27	0,0
Sonstige Einnahmen der Kapitalrechnung	84 ³⁾	32 ³⁾	-61,9	64	11	-82,8	18	17	-5,6	2	3	50,0	-	-	-
Einnahmen der Kapitalrechnung zusammen	3485³⁾	3179³⁾	-8,8	1051	756	-28,1	2188	1923	-12,1	267	282	5,6	35	38	8,6
Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) ...	22946	22193	-3,3	8590	8072	-6,0	11791	11413	-3,2	5140	5354	4,2	2836	2838	0,1

¹⁾ Ohne haushaltstechnische Verrechnungen und Leistungen für Auftragsangelegenheiten (Wohngeld, Katastrophenschutz, Ausbildungsförderung) und ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser. – ²⁾ Ohne Verwaltungsgemeinschaften. – ³⁾ Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

stiegen jedoch die Ausgaben wieder an; dies hatte folgerichtig zu einem Abschmelzen des positiven Finanzierungssaldos geführt. Während er im Jahr 2000 nur noch knapp ein Fünftel des Spitzenwertes aus dem Jahr 1998 erreichte, wies die Gesamtheit der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) sowohl 2001 als auch 2002 wieder ein Finanzierungsdefizit aus.

Die Gesamtausgaben erreichten im Berichtsjahr 23504 Millionen Euro. Sie blieben damit um 0,5% unter dem Vorjahreswert. Aufgrund der massiven Steuereinbrüche reichten die Einnahmen trotz der vielfältigen Sparbemühungen nicht zur Deckung der Ausgaben. Die bayerischen Kommunen wiesen daher im Jahr 2002 wie schon im Vorjahr wieder einen negativen Finanzierungssaldo auf. Er betrug im Jahr 2001 683 Millionen Euro und verdoppelte sich im Jahr 2002 auf 1311 Millionen Euro.

Die Kommunen haben diesen Finanzierungssaldo überwiegend auf dem Kreditmarkt gedeckt. Ihre Nettoneuverschuldung – ihre Kreditaufnahme abzüglich der Schuldentilgung – belief sich im Jahr 2002 auf 1,027 Mrd. Euro, das ist knapp das Sechsfache des Vorjahresbetrages.

	Jahr				
	1998	1999	2000	2001	2002
Nettoneuverschuldung in Mill. Euro ¹⁾	349	105	47	175	1027

¹⁾ Einnahmen aus Krediten abzüglich Schuldentilgung

Zwei Jahre hintereinander rückläufige Steuereinnahmen

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hatte im Mai 2002 aufgrund eines zum damaligen Zeitpunkt insgesamt positiven Erwartungshorizontes prognostiziert, die Steuereinnahmen der Gemeinden würden im Jahr 2002 um 1,9% zunehmen. Dabei hatte der Arbeitskreis milliardenhohe Rückzahlungen von in den Jahren 2000 und 2001 gebildeten Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen berücksichtigt, die sich angesichts der damaligen schlechten Gewinnerwartungen als zu hoch erwiesen hatten. Die Prognose des Arbeitskreises trat angesichts einer unbefriedigenden Beschäftigtenentwicklung und anhaltender Konsumzurückhaltung, aber auch wegen vielfach herabgesetzter Steuervorauszahlungen, nicht ein. Nach Steuermindereinnahmen von 3,0% im Vorjahr sanken die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden im Jahr 2002 um 4,3%. Von den 8649 Millionen Euro Steuergeldern entfielen ziemlich genau drei Fünftel auf die kreisangehörigen Gemeinden, deren Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % schrumpften; den kreisfreien Städte ging es mit einem Einnahmeverlust von 4,3% nur geringfügig besser.

Einbußen auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Stützen der kommunalen Steuereinnahmen sind die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer; beide tragen etwa im gleichen Ausmaß zum kommunalen Steueraufkommen bei. Nachdem die Gemeinden jedoch einen in den letzten Jahren stark gestiegenen Teil ihres Gewerbesteueraufkommens im Wege einer Umlage an Land und Bund abführen müssen, ist inzwischen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahresergebnis quantitativ am bedeutsamsten.

Die Gemeinden partizipieren am Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer mit einem Anteil von 15%; außerdem stehen ihnen 12% aus dem Zinsabschlag zu. Der kommunale Gemeindeanteil an der Einkommensteuer betrug im Jahr 2002 4036 Millionen Euro, um 2,1% weniger als ein Jahr zuvor.

Gewerbesteuerverluste immer tiefgreifender

Das weiterhin geringe Wirtschaftswachstum und steuerliche Entlastungsmaßnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer haben im Laufe des vergangenen Jahres auch zu großen Steuereinbrüchen bei der Gewerbesteuer geführt.

Die insgesamt von den bayerischen Betrieben im Jahr 2002 entrichtete Gewerbesteuer summierte sich letztlich auf 3907 Millionen Euro (7,8% weniger als im Vorjahr), wovon mehr als die Hälfte in die Kassen der kreisangehörigen Gemeinden floss.

Seit der Gemeindefinanzreform 1970 müssen die Gemeinden aus ihrem Gewerbesteueraufkommen jedoch eine Umlage an Land und Bund abführen. Sie berechnet sich aus dem Quotienten *Gewerbesteueraufkommen dividiert durch Hebesatz mal Vervielfältiger*. Der Vervielfältiger wird vom Gesetzgeber vorgegeben; er war seit 1990 wegen der Aufteilung der Kosten der Integration der neuen Bundesländer häufig geändert worden.

Der Vervielfältiger betrug

in den Jahren	%
1980–1982	80
1983	58
1984–1990	52
1991	54
1992	57
1993	39
1994	56
1995	79
1996–1997	78
1998	84
1999–2000	83
2001	91
2002	102

Die Gewerbesteuereinnahmen (nach dem Abzug der Gewerbesteuerumlage) betragen 2884 Millionen Euro und damit um 9,8% weniger als im Vorjahr. Besonders ausgeprägt waren die Mindereinnahmen bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 12,3%. Die kreisfreien Städte hatten insgesamt um 7,3% geringere Gewerbesteuereinnahmen zu verkräften. 17 dieser Städte verbuchten Steuerausfälle, die in Landshut (38,3%), Bamberg (39,7%) und Regensburg (40,3%) besonders hoch ausfielen. Daneben gab es noch weitere neun Städte, deren Kämmerer zweistellige Gewerbesteuereinbußen hinnehmen mußten. Vier kreisfreie Städte konnten aber wenigstens zweistellige Gewerbesteuermehreinnahmen verbuchen, nämlich Nürnberg (16,8%), Augsburg (20,6%) Erlangen (31,3%) und Schweinfurt (187,3%). Nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. 10. 2000 wurde der Vervielfältiger im Jahre 2002 um weitere elf und wird 2003 und 2004 schrittweise um weitere 18 Prozentpunkte angehoben. Die Perspektiven für die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen sind daher alles andere als rosig.

Zur Kompensation für den Fortfall der Gewerbekapitalsteuer wurde 1998 der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer eingeführt. Er sank gegenüber dem Vorjahr um 2,3%.

Insgesamt betragen die Steuereinnahmen

aus	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001
	Mill. Euro	%
Grundsteuern	1292	1,2
Gewerbsteuer (netto)	2884	- 9,8
Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer ..	4036	- 2,1
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	420	- 2,3
Hundesteuer	16	2,5
sonstigen Steuern	0	-27,0
Kommunale Steuern insgesamt	8649	-4,3

Gestiegene Gebühreneinnahmen

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, die hauptsächlich aus Benutzungsgebühren, Mieten, Ersatz von sozialen Leistungen und Konzessionseinnahmen bestehen, haben mit einem Volumen von 4929 Millionen Euro im Jahr 2002 den Vorjahreswert um 5,0% unterschritten – erstmals nach zweimaliger Steigerung. Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren sind aber gestiegen, und zwar um 3,3%. Auch im Jahr 2002 haben die Kommunen Einrichtungen aus den Kernhaushalten ausgegliedert, dies führt in der Regel zu sinkenden Gebühreneinnahmen. Die Kommunen dürften daher ihre Gebühreneinnahmen weitaus stärker angehoben haben, als die oben angegebenen 3,3% vermuten lassen.

Umlagebelastung gesunken

Mehreinnahmen von 4,9% erzielten Bayerns Kämmerer bei den Einnahmen aus allgemeinen und laufenden Zuweisungen. Bei gut der Hälfte dieser Einnahmen handelt es sich um Mittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung stellt, wie z.B. Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis, Personalkostenzuschüsse, Schuldendiensthilfen. In dem Posten sind aber auch die von den Landkreisen, Bezirken und Verwaltungsgemeinschaften vereinnahmten Umlagen enthalten. Die von den kreisfreien Städten und Landkreisen an die Bezirke zu entrichtende Bezirksumlage 2002 ist um 3,0% angewachsen; die von den kreisangehörigen Gemeinden an die Landkreise zu bezahlende Kreisumlage ist sogar um 3,6% gestiegen. Die von den Bezirken vereinnahmte Umlage belief sich auf 2020 Millionen Euro; die Landkreise erhielten Umlageeinnahmen von 2600 Millionen Euro. Die Umlagekraft der Landkreise und kreisfreien Städte ist 2002 gegenüber dem Vorjahr um 3,5% gestiegen; nachdem aber das Umlagesoll der Bezirke etwas schwächer (um 3,0%) wuchs, hat die durchschnittliche Belastung der Umlagekraft – und damit der Bezirksumlagesatz – um 0,11 Prozentpunkte auf 22,14% abgenommen. Bei der Kreisumlage im Jahr 2002 sind der Umlagebedarf der Landkreise um 3,6% und die Umlagekraft der zahlungspflichtigen kreisangehörigen Gemeinden um 4,1% angestiegen; daher sank der durchschnittliche Kreisumlagesatz gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 44,6%. Der höchste Umlagesatz wurde 2002 im Landkreis Miesbach mit einer Steigerung um 0,41 Prozentpunkte mit 49,41% erhoben, der geringste lag weiterhin im Landkreis Bayreuth mit 37,0%. Der Durchschnittsumlagesatz ist mit 45,4% in den oberbayerischen Landkreisen trotz ihrer überragenden Steuerkraft immer noch am höchsten. Am geringsten wurden die kreisangehörigen Gemeinden mit 42,7% von den oberpfälzischen Landkreisen belastet.

Moderate Ausweitung der Personalausgaben

Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite der gewichtigste Einzelposten. Die Tarifpartner im Öffentlichen Dienst hatten nach Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen für Angestellte und Arbeiter im Jahr 2001 für das Jahr 2002 auf weitere Erhöhungen verzichtet. Die Beamten erhielten als Ausgleich für die Lohnzurückhaltung im Jahr 2001 zum 1.1.2002 eine lineare Besoldungserhöhung in Höhe von 2,2%. Insgesamt verauslagten die Gemeinden und Gemeindeverbände 6151 Millionen Euro für ihre Bediensteten – moderate 2,2% mehr als vor Jahresfrist. Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen ist nach wie vor sehr unterschiedlich. Während sich im Schnitt 21,0% der unbereinigten Gesamtausgaben (29 Mrd. Euro) der bayerischen Gemeinden/Gv auf das Personal bezogen, hatten die kreisfreien Städte u.a. aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion 32,2% ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. Auch 2002 wurden knapp drei Fünftel der gesamten gemeindlichen Personalausgaben (ohne die Landkreise und Bezirke) von den 25 kreisfreien Städten Bayerns getragen. Mit einem Volumen von 8332 Millionen Euro waren die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke auch 2002 der größte Ausgabenblock bei den Gemeinden/Gv. Sie banden im Schnitt gut ein Viertel des unbereinigten Gesamthaushalts. In diesem Sammelposten kommt den Umlageausgaben an die übergeordneten kommunalen Gebietskörperschaften mit einem Anteil von rund der Hälfte das größte Gewicht zu; der restliche Teil entfällt auf Krankenhaus- und Verwaltungsgemeinschaftsumlagen, Beiträge an den Katastrophenschutz- bzw. Denkmalschutzfonds, Gastschulbeiträge sowie Schuldendiensthilfen. Wegen der geringeren Hereinnahme von Fremdmitteln sind die Zinsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 4,7% gesunken; im Vorjahr waren sie noch um 5,6% gestiegen.

Solidarumlage (netto) kräftig gestiegen

Nach Art. 1a des Finanzausgleichsgesetzes leisten die Kommunen einen Finanzierungsbeitrag zu den Kosten der Deutschen Einheit, soweit sie vom Land erbracht werden. Der Beitrag der Gemeinden beläuft sich in Bayern – entsprechend ihrem Anteil an den Steuereinnahmen – auf derzeit 38% (das Land trägt die restlichen 62%). Seit 1995 wird dieser Finanzierungsbeitrag im Wesentlichen durch eine sogenannte Solidarumlage erbracht, auf die der einigungsbedingte Teil der Gewerbesteuerumlage angerechnet wird (Solidarumlage netto). Die bereinigte Solidarumlage wird im Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für jede Gemeinde entsprechend ihrer Umlagekraft errechnet und zusammen mit der Gewerbesteuerumlage mit den vom Zentralfinanzamt München auszahlenden Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer – einschließlich Einkommensteuerersatz – und an der Umsatzsteuer (einschließlich Härteausgleich) verrechnet. Für 2002 wurde für Bayerns Gemeinden eine bereinigte Solidarumlage von 696 Millionen Euro festgesetzt, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7,8% bedeutet. Von Bayerns Gemeinden wurde gleichzeitig eine einigungsbedingte Gewerbesteuerumlage (37/91 im Jahr 2001, 36/102 im Jahr 2002 der Gesamtumlage) von 361 Millionen Euro einbehalten. Die im Zentralfinanzamt München vorgenommene Verrechnung mit der bereinigten Solidarumlage von 696 Millionen Euro ergab für die Gesamtheit der bayerischen Ge-

Tabelle 2. Kassenmäßige Ausgaben¹⁾ der Gemeinden in Bayern 2001 und 2002

Ausgabearten	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ²⁾			davon											
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden			Landkreise			Bezirke		
	2001	2002	Ver- änder- ung 2002 gegen- über 2001	2001	2002	Ver- änder- ung 2002 gegen- über 2001	2001	2002	Ver- änder- ung 2002 gegen- über 2001	2001	2002	Ver- änder- ung 2002 gegen- über 2001	2001	2002	Ver- änder- ung 2002 gegen- über 2001
	Mill. €	%		Mill. €	%		Mill. €	%		Mill. €	%		Mill. €	%	
Personalausgaben	6016	6151	2,2	2852	2861	0,3	2201	2305	4,7	833	854	2,5	129	131	1,6
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4319	4394	1,7	1491	1418	-4,9	1881	1978	5,2	886	933	5,3	60	65	8,3
Zinsausgaben	727	693	-4,7	311	251	-19,3	309	328	6,1	92	102	10,9	15	12	-20,0
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	7899	8332	5,5	1559	1680	7,8	3665	3882	5,9	1920	2030	5,7	754	740	-1,9
Leistungen der Sozialhilfe	2821	2961	5,0	674	720	6,8	0	0	0,0	446	483	8,3	1701	1758	3,4
Sonstige soziale Leistungen	738 ³⁾	772 ³⁾	4,6	339	356	5,0	2	2	0,0	329	349	6,1	66	65	-1,5
Ausgaben der laufenden Rechnung zusammen	17166	17638	2,7	7228	7286	0,8	8058	8495	5,4	4507	4751	5,4	2726	2771	1,7
Baumaßnahmen	3872	3732	-3,6	688	732	6,4	2727	2518	-7,7	412	445	8,0	45	38	-15,6
Sonstige Ausgaben der Kapitalrechnung	2648 ³⁾	2192 ³⁾	-17,2	1136	864	-23,9	1208	1013	-16,1	263	282	7,2	40	33	-17,5
Ausgaben der Kapital- rechnung zusammen	6463	5866	-9,2	1824	1596	-12,5	3935	3531	-10,3	675	727	7,7	85	71	-16,5
Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	23926	23504	-0,5	9052	8882	-1,9	11993	12026	-0,3	5181	5478	5,7	2811	2842	1,1
Finanzierungssaldo ⁴⁾	-683	-1311	91,9	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Besondere Finanzierungs- vorgänge															
Einnahmen	3099	3833	23,7	963	1425	48,0	1870	2089	11,7	245	273	11,4	20	46	130,0
davon Einnahmen aus Krediten	1275	2081	63,2	457	1042	128,0	631	789	25,0	179	230	28,5	9	20	122,2
Entnahmen aus Rücklagen	1824	1748	-4,2	507	383	-24,5	1239	1300	4,9	66	39	-40,9	12	26	116,7
Ausgaben	3392	3304	-2,6	1004	1144	13,9	2077	1931	-7,0	225	186	-17,3	86	43	-50,0
darunter Schuldentilgung	1100	1054	-4,2	370	360	-2,7	572	554	-3,1	145	127	-12,4	14	13	-7,1
Zuführung an Rücklagen	1683	1469	-12,7	391	384	-1,8	1202	1036	-13,8	75	47	-37,3	16	2	-87,5

¹⁾ Ohne haushaltstechnische Verrechnungen und Leistungen für Auftragsangelegenheiten (Wohngeld, Katastrophenschutz, Ausbildungsförderung) und ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser. - ²⁾ Ohne Verwaltungsgemeinschaften. - ³⁾ Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene. - ⁴⁾ Gesamteinnahmen minus Gesamtausgaben.

meinden eine Solidarumlage (netto) von 335 Millionen Euro. Dies bedeutet einen Anstieg von 50,9%.

Einsparungen bei den Bauausgaben

Wegen der zumindest kurzfristig nur beschränkt realisierbaren Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung kann der Haushalt vorrangig nur über die Ausgaben konsolidiert werden. Erfahrungsgemäß setzen Kämmerer in konjunkturell schwachen Zeiten bei den Bauausgaben den Rotstift am nachhaltigsten an. Wie in den frühen 80er Jahren war es daher nach dem Höchststand im Jahr 1992 seit 1993 zu einem Rückgang der kommunalen Investitionen gekommen. Den tiefsten Stand erreichten die kommunalen Bauausgaben im Jahr 1999. In den

Jahren 2000 und 2001 stiegen sie wieder an, doch brach dieser Trend im Jahr 2002 ab. Die Investitionssumme von 3732 Millionen Euro im Jahr 2002 lag um 3,6% unter dem Vorjahresniveau. Besonders baufreudig waren die Landkreise und kreisfreien Städte mit einer Ausgabemehrung von 8,0% bzw. 6,4%.

Dipl.-Volksw. Hartmut Groenda